

Zum problematischen Cultural Turn in der Geschlechterforschung¹

Im deutschsprachigen Raum hat sich eine Art Konsens herausgebildet, demzufolge sich die Existenz der beiden geschlechtlichen Positionen einem Konstruktionsprozess verdanke, der im Wesentlichen als ein sprachlicher aufzufassen sei. In diesem Zusammenhang wird deshalb meist von der diskursiven Produktion von Geschlecht gesprochen. Damit lehnt sich die deutschsprachige Geschlechterforschung an ein spezifisches Verständnis des *gender*-Begriffs an, wie es im Rahmen der US-amerikanischen *Cultural Studies* entstand und bei uns maßgeblich durch die Schriften Judith Butlers Verbreitung fand. Obwohl von verschiedenen theoretischen Strömungen inspiriert, wird diese Vorstellung von der diskursiven Verfasstheit von Geschlecht mit dem Hinweis auf den französischen Poststrukturalismus begründet. Dabei hat sich eine Art kritisches Selbstverständnis herausgebildet, in dessen Horizont Strategien zur Veruneindeutigung geschlechtlicher Positionen, und allgemeiner der Pluralisierung von Identitäten, sowohl politisch wie theoretisch als subversiv erscheinen. Im hier vorliegenden Aufsatz werde ich die daraus resultierenden politischen Implikationen problematisieren und argumentieren, dass ein wenig reflektiertes Verständnis der Art und Weise, wie die Verknüpfung von Macht, Subjektivierung und Sprache zu denken sei, das Kritikpotential des genannten *gender*-Verständnisses nicht nur erschöpft hat, sondern es mangels der Reflexion des Wandels in den Machttechnologien neoliberaler Menschenführungen in eine ungewollte Passförmigkeit zu diesen bringt. Nicht der Umstand, dass Subjektivierung als Gegenstand der politischen Theorie ins Blickfeld kam, ist das Problem, sondern auf welche Weise darin schon gewusst wird, was Subjektivierung ist.

Im Sommer 2009 trat die bekannte US-amerikanische Feministin und Theoretikerin Nancy Fraser mit einem Aufsehen erregenden Artikel an die Öffentlichkeit. Unter dem Titel *Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte* vertrat Fraser (2009) die These, dass sich die zweite Frauenbewegung mit ihren Forderungen ungewollt in den Dienst des damals bereits im Entstehen begriffenen Neoliberalismus gestellt habe. Die Frauenbewegung, so Fraser, sei anfangs der 1970er Jahre nicht in der Lage gewesen zu reflektieren, dass sie selbst bereits Effekt eines in die Krise geratenen Nachkriegskapitalismus, des sogenannten fordistischen Wohlfahrtsstaates, gewesen sei, weshalb ihre Forderungen in

¹ Der Text lag meinem Vortrag bei der Marxistischen Studienwoche 2019 „Geschlechterverhältnisse aus historisch-materialistischer Sicht“ in Frankfurt/M. (14. März 2019) zugrunde. Bei dieser Druckfassung handelt es sich um einen leicht gekürzten Nachdruck eines Aufsatzes, der im „Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft“: *Ungleiche Geschlechtergleichheit. Geschlechterpolitik und Theorien des Humankapitals* (2011/7), hrsg. Rita Casale und Edgar Forster, erschienen ist. Wir danken den HerausgeberInnen für die Genehmigung des Wiederabdrucks.

eine zwiespältige Passförmigkeit zu der im Zuge dieser Krise notwendig gewordenen Erneuerung des Kapitalismus gerieten. Der Feminismus sei so in diesem *Neuen Geist des Kapitalismus* (Boltansky/Capello 2003) auf ein seltsames Schattenbild seiner selbst gestoßen, in welchem Diskurse, Forderungen und Lebenshaltungen mit oft nur leichter Umdeutung Aufnahme fanden (Fraser 2009, S. 54f.). Zudem seien innerhalb der US-amerikanischen Frauenbewegung mit der sich abzeichnenden Verlagerung auf Identitätspolitiken Forderungen nach Anerkennung von Differenzen just zu dem Zeitpunkt dominant geworden, als der Siegeszug des Neoliberalismus eine energische Rückkehr zur politischen Ökonomie erforderlich gemacht hätte (ebd., S. 50). Auch dies, so Fraser, habe letztlich dem neoliberalen Bestreben zugeeignet, Fragen der Umverteilung als Fragen der Anerkennung von Differenzen umzudeuten: Durch das Hegemonialwerden der *Cultural Studies* und der damit einhergehenden Verabsolutierung der Kulturkritik wurden, so Frasers Argument, ökonomische Fragen einseitig in einen Kulturalismus aufgelöst.

Ich muss gestehen, dass ich Frasers Anliegen, zu Fragen der politischen Ökonomie zurückzukehren, große Sympathie entgegenbringe und dies selbst auch schon verschiedentlich getan habe (Soiland 2010b). Ich kann Fraser nur beifolien in dem, was sie bereits in einem früheren Artikel mit dem Aufruf: *Frauen, denkt ökonomisch!* (Fraser 2005) auf den Punkt gebracht hat. In meinem Beitrag möchte ich jedoch einen noch etwas anderen Zugang zum Verständnis dieses von Fraser herausgestellten Phänomens einer Entwendung oder Umdeutung der Forderungen der zweiten Frauenbewegung vorschlagen. Ich finde es nämlich nicht prinzipiell falsch, sich mit dem auseinanderzusetzen, was in einer etwas älteren marxistischen Terminologie als Überbau bezeichnet wurde – mit jenen Fragen des Kulturellen und Ideologischen also, die durch das eingangs genannte, im Rahmen der *Cultural Studies* entstandene Verständnis von *gender* so dezidiert in den Vordergrund traten. Dass man sich auch von einem linken Standpunkt aus – beispielsweise im Rahmen der Hegemonietheorie Antonio Gramscis – dem Bereich des Kulturellen zuwandte, hatte bestimmte und insbesondere für die Frage des Geschlechterverhältnisses triftige Gründe, war frau es doch müde, die Geschlechterfrage als eine Klassenfrage zweiter Ordnung abgehandelt zu sehen. Zurecht wollte man einer einseitig ökonomistischen Argumentation entgegen, die für das Geschlechterverhältnis lediglich den ehrenwerten Platz eines Nebenwiderspruchs bereithielt. Und ebenso berechtigt war der Wunsch zu verstehen, wie Frauen mittels bestimmter Formen der Subjektivierung in die bestehenden Verhältnisse eingepasst werden in einer Weise, die sie oft selbst zu den vehementesten Verteidigerinnen ihrer eigenen Unterdrückung werden lässt. Ich würde deshalb keineswegs auf eine Auseinandersetzung mit Phänomenen des Kulturellen, des Überbaus, verzichten wollen. Doch meine ich, dass wir, was das Geschlechterverhältnis betrifft, sehr viel genauer darüber nachdenken müssen, wie wir dies *heute* tun. Und dabei müssten wir auf das alte Desiderat zurückkommen, die Ideologie und die Produktionsverhältnisse, eben das Ökonomische, zusammenzudenken. Das heißt, nie aus den Augen zu verlieren, dass das, was wir als kulturelle Phänomene thematisieren wollen,

immer auch verankert ist in der kapitalistischen Produktion. Denn hier eben meine ich, dass sich etwas radikal entkoppelt hat.

Ich sehe diese Entkoppelung gegenwärtig in folgender Koinzidenz: Zum einen ist mit dem im Rahmen der US-amerikanischen *Cultural Studies* entstandenen Verständnis von *gender* eine ganz bestimmte Konzeptualisierung von Geschlecht hegemonial geworden, die das Geschlechterverhältnis vorrangig unter dem Aspekt des Zwangs zur Zweigeschlechtlichkeit und damit als eine Frage von Normen, von normativen Identitätszuschreibungen und den damit einhergehenden Ein- und Ausschließungen thematisiert. Parallel dazu haben wir jedoch das Phänomen, dass sich in dem, was Louis Althusser (1977, S. 119) einst die ideologischen Staatsapparate genannt hat, ein fundamentaler Wandel abzeichnet: Der Staat ist von einem Produzenten konservativer Geschlechterideologien, wie wir sie von den 1950er und 60er Jahren her kennen, zum Propagandeur fortschrittlicher Geschlechterarrangements geworden: Öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Universitäten, aber auch der staatliche Verwaltungsapparat und zunehmend sogar die Privatwirtschaft geben sich mit Gleichstellungsbeauftragten die größte Mühe, nun als überkommen empfundene Geschlechterurteile abzubauen; und nichts deutet darauf hin, dass diese Bemühungen nicht ernst gemeint sind. Wir haben damit die Situation, dass zeitgleich mit einem enormen Umbruch, ja, einem eigentlichen Paradigmenwechsel in den ideologischen Staatsapparaten eine sich als radikal verstehende feministische Kritik auftaucht, deren Vorstellung von Radikalität sich in eigentümlicher Weise mit diesem Paradigmenwechsel paart. Die Frage drängte sich doch auf, warum mit dem an den *Cultural Studies* orientierten Ansatz von *gender* ein Verständnis von Geschlecht, das mit seiner Kritik an einem Normensystem den Feminismus nicht nur zu beerben, sondern auch zu radikalisieren beansprucht, warum also dieses Verständnis von *gender* genau zu dem Zeitpunkt hegemonial wird, wo eben diese Normen gesamtgesellschaftlich gerade massiv an Bedeutung verlieren. Über diese Merkwürdigkeit, über dieses Zusammenfallen von Kritik und realer historischer Entwicklung, möchte ich im Folgenden nachdenken.²

Ich werde also das Konzept von *gender* selbst oder, noch genauer, dessen theoretische Grundlagen zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen machen, weil ich glaube, dass das Konzept selbst und vor allem der Wandel in ihm als Bestandteil und nicht als kritische Reflexion des gemeinhin als Neoliberalismus bezeichneten Umbaus der Gesellschaft verstanden werden muss. Ich meine nämlich, dass das von Nancy Fraser herausgestellte Phänomen, dass der Feminismus im Neoliberalismus auf eine Art unheimlichen Doppelgänger stieß – „a strange shadowy version of itself“, wie Fraser (2009, S. 114) schreibt –, ich meine, dass dieses Phänomen noch präziser erfasst werden kann, wenn man es ausgehend von einer Verschiebung auf theoretischer Ebene

² In einem allgemeineren Sinn stellt Rita Casale (2008, S. 205f.) eine ähnliche Koinzidenz hinsichtlich der im Rahmen des Poststrukturalismus formulierten Kritik an gesellschaftstheoretischen Grundkategorien fest, die in merkwürdiger Weise mit neoliberalen Bestrebungen, die Existenz von Gesellschaft überhaupt zu negieren, zusammenfällt.

ne betrachtet. Dabei wird es meine These sein, dass nicht eine Instrumentalisierung, sondern diese Verschiebung und damit eine Entwicklung im Rahmen der Theorie selbst für diese Passfähigkeit verantwortlich ist.

1. Theoretische Verschiebung: Die Bedeutung der Cultural Studies

Der historische und vor allem auch institutionelle Kontext des hier zur Diskussion stehenden *gender*-Begriffs ist deshalb von so zentraler Bedeutung, weil sich in ihm eine ganze Auseinandersetzung kondensiert, die aber, und darum geht es mir im Folgenden, als solche nicht mehr im Bewusstsein ist. Wie bereits erwähnt, geht dieses Verständnis von *gender* im Wesentlichen auf den Kontext der *Cultural Studies* zurück. Die *Cultural Studies* ihrerseits entstanden in den 1970er Jahren im Umfeld einer kleinen Gruppe linker englischer Intellektueller um Stuart Hall, denen es angesichts einer dogmatischen und einseitig ökonomistischen Ausrichtung des Marxismus im Ostblock um dessen Erneuerung ging. In Anlehnung an die Schriften des italienischen Philosophen und Kommunisten Antonio Gramsci wendeten sich diese Denker deshalb Phänomenen im Bereich des Kulturellen zu, weil sie anstatt von einem ökonomischen Determinismus davon ausgingen, dass die Eigendynamik des Kulturellen ihrerseits auf die ökonomischen Verhältnisse – eben auf die in der marxistischen Terminologie so geheißenen Produktionsverhältnisse – zurückwirke. Zwar war damit das von einem dogmatischen Marxismus vertretene absolute Primat des Ökonomischen relativiert, doch handelte es sich, insofern die beiden Sphären von Kultur und Ökonomie nicht voneinander entkoppelt, sondern nach wie vor aufeinander bezogen wurden, nie um eine Zurückweisung des Marxismus. Es handelt sich vielmehr um eine Ausdifferenzierung dieses so genannten Basis-Überbau-Modells, wie es u.a. auch von Louis Althusser (1972, S. 234-261) in seiner Lesart von Marx' ökonomischen Schriften vorgeschlagen wurde.

Dies änderte sich jedoch entschieden mit der ‚Übersiedlung‘ der *Cultural Studies* in die USA, wo eine Amalgamierung mit den dortigen sozialen Bewegungen unter dem Label einer ‚Neuen Linken‘ in eine breite Regenbogenkoalition mündete. Mit der weitgehenden Verankerung der *Cultural Studies* in den Lehrplänen der amerikanischen Universitäten ging in den 1990er Jahren eine entscheidende Verschiebung einher, in deren Verlauf nicht nur das Primat des Ökonomischen völlig suspendiert wurde, sondern eine explizite Kritik am Marxismus zu einer Entkoppelung der *Cultural Studies* von ihren marxistischen Wurzeln führte. Aus dem absoluten Primat der Produktionsverhältnisse wurde nun das absolute Primat des Kulturellen: Der kapitalistischen Ausbeutung wurde nicht länger eine determinierende Kraft zugeschrieben, sondern umgekehrt der Kultur eine für die Gesellschaft grundlegendere Funktion zugetraut, insofern, so das Argument, auch ökonomische Prozesse bedeutungsgeleitet seien: „that because all social practices are meaningful practices, they are all fundamentally cultural“, heißt es beispielsweise in einer einschlägigen Einführung (zit. nach Hennessy 2000, S. 82). Diese Verschiebung kann nur vor dem Hintergrund

einer für die *Cultural Studies* absolut zentralen, jedoch sehr spezifisch US-amerikanischen Rezeption des französischen Poststrukturalismus verstanden werden.³ Dieses spezifisch US-amerikanische Verständnis des Poststrukturalismus besagt in etwa, dass bedeutungsgenerierende Prozesse das Fundament aller sozialen Verhältnisse bildeten. Aus diesem unter anderem von den beiden Postmarxisten Chantal Mouffe und Ernest Laclau vertretenen Standpunkt wurde nicht nur abgeleitet, dass diese Verhältnisse auf der Ebene von Signifikationspraxen selbst zu verändern seien (Laclau/Mouffe 1991, S. 141ff.). Darüber hinaus wurden den an der kritischen Theorie orientierten Sozialwissenschaften vorgeworfen, sich in ihrer Praxis ihrerseits an der Konstruktion jener Kategorien zu beteiligen, auf deren Überwindung kritische Gesellschaftstheorie doch eigentlich zielen sollte: Wenn jedes gesellschaftliche Verhältnis in Sinnverhältnissen wurzelt, so würden diese durch die sozialwissenschaftliche Untersuchungen eher befestigt denn überwunden, lautete in etwa das Argument. Kurz und gut: Was so binnen kürzester Zeit zum obersten theoretischen wie politischen Ziel avancierte, war das Anliegen einer De-Ontologisierung sämtlicher sozialwissenschaftlichen Kategorien, war, mit andern Worten, das Anliegen zu zeigen, dass dem von diesen Kategorien Bezeichneten keine wie auch immer geartete Wesenheit zugrunde lag. An die Stelle der Analyse kapitalistischer Ausbeutungsstrukturen trat damit die Kritik an diesen sogenannten ‚Essentialismen‘, in deren Folge der Klassenbegriff selbst – und mit ihm alle weiteren gesellschaftstheoretischen Kategorien – einer solchen Essentialisierung bezichtigt wurde. Das Auftauchen jener kulturellen Kämpfe um Identitäten – die Kritik an Identitätszuschreibungen und -festschreibungen und in der Folge die Forderung nach Anerkennung von Differenzen, die Skandalisierung von mit Identitätspolitik einhergehenden Ein- und Ausschließungsmechanismen und also gewissermaßen eine Kritik an *identity politics* aus den eigenen Reihen – ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Und für das von mir Anvisierte von besonderer Bedeutung: Im Zuge der *sexual politics* und der Bewegung der *sexual radicals* sind es vor allem die Themen der sexuellen Unterdrückung, die in eine besondere Konkurrenz zum Marxismus treten. Sexuelle Identitäten werden in der Folge das privilegierte Feld dieses neuen Kulturalismus einer Neuen Linken. Und es ist in diesem Kontext, dass der hier besprochene *gender*-Begriff seine Prägung erfährt.

Wenn auch die Verpflichtung zur De-Ontologisierung im Zuge dieser Kritik zum obersten Gebot für alle Sozialwissenschaften erhoben wurde, so scheint sie doch im Bereich der *Gender Studies* die weitreichendsten Folgen gehabt zu haben. Respektive erhielt umgekehrt dieser Postmarxismus durch die *Gender Studies* am meisten Resonanz. Brisant war dieses Anliegen einer De-Ontologisierung für die Geschlechterstudien insofern, als damit gleichsam das

³ Es kann nicht genug betont werden, dass das, was über den Umweg der USA zu uns als ‚französischer Poststrukturalismus‘ zurückgekehrt ist, oft nur noch sehr wenig mit den ursprünglich französischen Konzepten des Poststrukturalismus zu tun hat. Dies trifft insbesondere für die US-amerikanische Rezeption der Arbeiten Michel Foucaults zu. (Ich habe dies bezüglich der Geschlechterfrage ausgeführt in Soiland 2010a, S. 34-119).

Subjekt des Feminismus selbst und somit dessen eigentliche Grundlage, ‚die Frau‘, in Frage stand (Butler 1993, S. 50f.; Kerner 2007, S. 11-18). Im deutschsprachigen Raum erhielt diese Infragestellung insbesondere durch die wirkmächtige Rezeption der Schriften Judith Butlers Unterstützung: Wenn, so Butlers Argument, performative Akte der Bezeichnung die Realität, die sie lediglich zu bezeichnen vorgaben, eigentlich selbst hervorbrachten, so kam der Reflexion auf diese Akte, der so genannten „diskursiven Produktion“ von Geschlecht, zwangsläufig eine Vorrangstellung zu. Die Frage nach der diskursiven Hervorbringung von Geschlecht ersetzte so in der Tendenz die nach ihrer Hierarchisierung, denn wenn die Geschlechter erst gar nicht konstruiert würden, so lautete die Überlegung, könnten sie auch nicht in ein hierarchisches Verhältnis zueinander treten. Was so entstand, war eine Art logische Fundierung, der eine gewisse Stringenz nicht abzusprechen ist: Im Zuge von Judith Butlers Überlegung, dass sich auch die uns geläufige Vorstellung von der Existenz des biologischen Geschlechts der Norm der Heterosexualität verdankt, die sich gleichsam zu ihrer Stützung in der Evidenz zweier ‚biologischer‘ Geschlechtskörper materialisiert, wird die Kritik an dieser so erst hervorgebrachten Vorstellung von der Natürlichkeit der Zweigeschlechtlichkeit und damit die Kritik an deren ontologischem Status zum vorrangigen Ziel (Butler 1991, S. 22-25 und S. 63-68). Wenn damit aber die Kategorie Geschlecht überhaupt als „Sedimentierung“ einer Norm (ebd., S. 206; Butler 2001, S. 43), und das heißt letztlich, als Effekt einer Bedeutungszuschreibung ausgewiesen ist, so wird ihr integrales Problematischerwerden plausibel.

Der Hegemonieanspruch dieses Verständnisses von *gender* verdankt sich also einer quasi-logischen Fundierung: Unter der Voraussetzung, dass im Zentrum der Geschlechtskonstitution die Norm der Heterosexualität steht und dass sich diese in Form zweier Geschlechtskörper materialisiert, erscheint es gerechtfertigt, das Hauptproblem in der Reifizierung der Kategorie Geschlecht selbst zu sehen. Dieses *gender*-Verständnis ist somit um einen Grundkonsens herum angeordnet, in dessen Perspektive die Kritik an und das Anliegen der Überwindung der Zweigeschlechterordnung – die eben so genannte Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit – als der sowohl politisch wie theoretisch radikalste Standpunkt erscheint. Und es ist dieses dekonstruktive *gender*-Verständnis, das gegenwärtig auch in den deutschsprachigen *Gender Studies* als der nicht mehr hintergehbare Stand der Wissenschaft erscheint.

2. Was ist Subjektivierung? Kritik am Konstruktionsbegriff des dekonstruktiven Gender-Verständnisses

Was somit die Essentialismuskritik an die Stelle des Marxismus hat treten lassen, ist diese Logik der Fundierung, in deren Folge das Wegbrechen des Marxismus gar nicht erst als ein solches erscheint. Die Essentialismuskritik, die so an die Stelle der marxistischen Begrifflichkeit trat, tat dies jedoch nur um den Preis einer entscheidenden Verschiebung, ja, man müsste sagen, indem sie diese in völlig sinnentstellter Weise wiedergab. Dies wird spätestens dort

deutlich, wo das englische „classness“ (Yuval-Davis 2006, 195) zu uns als „Klassismus“ zurückkehrt (Winker/Degele 2009, 44). Der Atlantik ist hier zu einer Art alchimistischem Labor geworden, das die gesellschaftlichen Verhältnisse bei Marx in zu dekonstruierende Identitäten verwandelte.

Um den Unterschied zwischen gesellschaftlichem Verhältnis und Identität zu verdeutlichen, möchte ich kurz auf eine für den Beginn der feministischen Theorie wichtige Überlegung zurückgreifen. Es war die Feststellung Rosa Luxemburgs, dass der Kapitalismus nur innerhalb eines nicht-kapitalistischen Milieus gedeihen und nur solange weiterexistieren kann, als er „dieses Milieu vorfindet“ (Luxemburg 1978, S. 313f.), die die Bielefelder Soziologinnen um Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen in den 1970er Jahren dazu brachte, die Hausarbeit als ein solch nichtkapitalistisches Milieu zu begreifen (Mies 1983, Bennholdt-Thomsen 1981). Wenn Frauen nun aus historischen Gründen mit diesem nichtkapitalistischen Teil der ökonomischen Produktion assoziiert sind, so generiert diese spezifische Position auch eine Form der Subjektivierung, doch scheint diese als Identitätszuschreibung kaum adäquat erfasst. Frauen sind vielmehr mit der nicht-gedachten Voraussetzung der kapitalistischen Produktion assoziiert, was, um in einer älteren Terminologie der feministischen Theorie zu sprechen, sie in eine Art ‚inkludiertem Außerhalb‘ zu den nun grundsätzlich männlich konnotierten gesellschaftlichen Austauschsystemen versetzt. Ihre Form der Subjektivierung wäre, so betrachtet, eher von einem Androzentrismus gespeist als von der Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit (Kurz-Scherf 2009, S. 34f.), was in der feministischen Theorie zunächst als das Problem umschrieben wurde, dass die Subjektposition in unserer Denktradition grundsätzlich eine männliche ist. So betrachtet, geht mit dem ‚Fundierungsanspruch‘ der *Cultural Studies* also auch eine Verschiebung von Androzentrismuskritik zu Identitätskritik einher, in deren Folge nun beide Geschlechter als gleichermaßen konstruiert erachtet werden.

Das Problem dieser Zentrierung auf eine Strategie der De-Ontologisierung scheint mir deshalb darin zu liegen, dass sie nur eine ganz bestimmte Form von Subjektivierung zu denken erlaubt. Durch die Eskamotierung des Marxismus und die Fokusverlagerung auf Essentialismuskritik wird der Konstruktionsbegriff der *gender*-Theorie nicht nur ahistorisch, sondern auch eng: Geschlechter werden überzeitlich konstruiert, gemäß der heterosexuellen Norm, womit Subjektivierung zwangsläufig nicht anders denn als Identitätsfestschreibung gedacht werden kann. Durch diese ahistorische Setzung kann Subjektivierung und also die Weise, wie Menschen in Machtverhältnisse einer bestimmten Gesellschaftsformation eingebunden werden, nicht mehr auf einen möglichen Wandel in den Produktionsverhältnissen rückbezogen werden. Ich werde argumentieren, dass es diese Entkoppelung der Subjektivierung von den Produktionsverhältnissen ist, die zu der genannten Passfähigkeit führt. Denn in der Folge kann die kulturalistisch geformte Geschlechterkritik Subjektivierung nur in einer Weise denken, die schwerlich zu den Geschlechterregimen spätkapitalistischer Gesellschaften passt.

In dieser Weise unangefochten ist das dekonstruktive *gender*-Verständnis denn auch nur im deutschsprachigen Raum. Wiederholt wurde in den USA darauf hingewiesen, dass anstelle einer vorbehaltlosen Bejahung der Pluralisierung von Identitäten und der Unterstellung ihres subversiven Potentials vielmehr zu fragen wäre, ob das Instabilwerden von Identitäten nicht ganz einfach auf die veränderten Produktionsweisen des Spätkapitalismus und die damit einhergehende Entstandardisierung von Lebensformen zurückzuführen sei (Jameson 1986, S. 62; Creydt 1993, S. 188f.; Annuß 1996, S. 509). Anstatt Rechte für queere Sexualitäten einzufordern respektive für die Anerkennung sexueller Diversitäten zu streiten, würde es, so die amerikanische Theoretikerin Rosemary Hennessy (1996; 2000, S. 67, S. 105-109 und S. 183-189), vielmehr darum gehen zu verstehen, wie die Konstituierung der Sexualität als eines eigenen Gegenstandsbereichs selbst dem Kontext des entstehenden Kapitalismus des 19. Jahrhundert entstammte. Schon vor über zehn Jahren hat deshalb auch bei uns Evelyn Annuß (1996, S. 513) sehr grundsätzlich in Frage gestellt, ob das Auftauchen pluraler Identitäten als Erfolg oder auch nur Effekt politisch-kultureller Kämpfe zu betrachten sei.

3. Neues Akkumulations- und Geschlechterregime seit Mitte der 1970er Jahre

Alle diese Kritiken verbindet die Feststellung, dass spätkapitalistische Gesellschaften gerade nichts mehr anzufangen wissen mit Geschlechterstereotypen, dass sie neue und andere Anforderungen an die Individuen stellen, in denen sich diese gerade nicht mehr an tradierten Vorstellungen orientieren sollen und in welchen sich normative Geschlechterleitbilder eher als hinderlich erweisen (Kohlmorgen 2004, S. 273ff.). Wollte man deshalb das gegenwärtige Geschehen erfassen, müsste man mit der kanadischen Politologin Janine Brodie (2004, S. 25) vielmehr davon sprechen, dass sich das gegenwärtige Geschlechterregime durch ein schwer durchschaubares Nebeneinander einer gleichzeitigen „Intensivierung und Erodierung“ der Bedeutung von Geschlecht auszeichnet. Wenn wir heute als Marktteilnehmer adressiert und (re-)formiert werden, so geht damit gerade die Aufforderung einher, im Namen der Vielfalt von unserem Geschlecht zu abstrahieren. Janine Brodie (ebd., S. 20) spricht deshalb davon, dass der neoliberalen Umbau der Gesellschaft einer versteckten Geschlechteragenda folge, die sie als die gleichzeitige „Auslöschung und Neueinsetzung“ von Frauen als dem hauptsächlichlichen Subjekt sozialstaatlicher Reformen beschreibt. Hinzuzufügen wäre, dass diese „Neueinsetzung“ kaum mehr über Normen vermittelt verläuft. Zwar wird im Zuge des Sozialabbaus stillschweigend davon ausgegangen, dass Frauen es sind, die die daraus erwachsenden Mehrarbeiten für die privaten Haushalte erneut in Gratisarbeit übernehmen, doch wird diese Zuständigkeit nicht mehr normativ vermittelt, denn gleichzeitig werden auch Frauen sehr wohl als geschlechtslose ‚Marktteilnehmer‘ adressiert, die dem Markt unabhängig von ihren reproduktiven Aufgaben zur Verfügung stehen sollen. Geschlecht, so Brodie (ebd., S. 27), ist damit als organisierendes Prinzip der Sozialpolitik verschwunden, was es Frauen zunehmend schwierig macht, „als Gruppe kollektive

Ansprüche an den Staat in bezug auf Gleichheit, Ressourcen oder Sicherheit zu stellen“. Es lässt sich deshalb sagen: Es gibt sie noch, die ideologischen Staatsapparate, aber gegenüber dem fordistischen System ist ihr Machteffekt ein grundsätzlich anderer: Es ist die De-Thematisierung von Geschlecht, die heute Geschlechtersegregation hervorruft. Wenn alle Bürger vor dem Markt gleich und alle für Gleichstellung sind, so wird es mehr oder weniger unmöglich, die offenbar gleichwohl noch vorhandene kollektive Betroffenheitslage als solche zu artikulieren.

Nun ließe sich etwas zugespitzt sagen, dass das Konzept von *gender* dieser De-Thematisierung zuarbeitet, indem auch es die Artikulation eines Kollektivs ‚Frau‘ verbietet. Zumindest aber kann es diese Veränderung in den staatlichen Machtapparaten und damit die Weise, wie diese die Menschen anruft, weder erfassen noch gar reflektieren. Dies liegt an der dem Konzept von *gender* zugrunde gelegten Machtkonzeption. Wenn Macht primär als Normierung und diese wiederum als Identitätsfestschreibung aufgefasst wird, kann Subversion nur in der Einforderung pluraler Identitäten geortet werden. Was hier aus dem Blick gerät, ist, dass damit von Seiten der Kritik als Forderung erhoben wird, was längst als Anforderung von außen an uns hertritt. Ich solle ja gerade über eine flexible Handhabung meines eigenen *gender* verfügen und sollte mir dies noch Mühe bereiten, wird mir die Abteilung für Gleichstellungsfragen beim Erwerb dieser Schlüsselkompetenz gern behilflich sein. Diese ist nämlich ganz im Sinne des aktivierenden Staates dazu übergegangen, für die Gleichstellung nicht mehr selber zuständig, sondern umgekehrt dafür besorgt zu sein, dass die Bürgerinnen diese selbst in ihre Hand nehmen. Und *gender* wird ihr dabei behilflich sein. Ich meine deshalb, dass das Konzept von *gender* mit seiner These vom Geschlecht als sozialem Konstrukt und der damit verbundenen Vorstellung von der Verhandelbarkeit des eigenen *gender* von einem Instrument der Kritik längst selbst zu einer „politischen Technologie der Individuen“ (Foucault 1993, S. 187) geworden ist, wie sie für neoliberale Menschenführungstechniken kennzeichnend ist.

Wenn es denn ein Merkmal neoliberaler Anrufungsweisen ist, strukturelle Bedingungen und Restriktionen so zu rahmen, dass sie individuell handhabbar erscheinen, so scheint sich die Passfähigkeit des *gender*-Konzepts mit der für dieses Konzept konstitutiven Fokussierung auf Geschlechtsidentitäten zu erklären. Zwar würde das dekonstruktive *gender*-Verständnis entgegen einem landläufigen Vorwurf nicht von der beliebigen individuellen Gestaltbarkeit des eignen ‚*gender*‘ ausgehen, indem das Konzept gerade dessen gesellschaftliche Bedingtheit betont. Doch bleibt die Gemeinsamkeit in der Verortung der Problematik im Bereich der Identität: Eine zentrale Strategie neoliberaler Subjektivierungsweisen besteht darin, strukturelle, zeit- und allgemeinökonomische Zwänge als Effekt individuellen Verhaltens erscheinen zu lassen und damit gesellschaftliche Konfliktlagen zur Lösung in das Individuum rückzuverlagern. Es ist genau in diesem Punkt, dass das Konzept von *gender* die entscheidende Handreichung bietet, indem es eine historisch entstandene gesellschaftliche Arbeitsteilung als eine Frage von *gender* – von Geschlechtsidentitäten – verhandelt.

Dabei wird eine gesellschaftlich notwendige Arbeit, mit der Frauen aus historischen Gründen identifiziert sind, zunächst als Verhalten undefiniert und hernach als Rollenverhalten diskreditiert. Die Frage nach der gesellschaftlichen Organisation der bisher von Frauen unentgeltlich geleisteten Arbeit gerät so erst gar nicht in den Blick. Stattdessen bahnt sich eine Art Verhaltenstherapie der Geschlechter an: Das Problem wird in verkehrten Rollenerwartungen, Werthaltungen, ja gar Körperhaltungen vermutet, denen mit Aufklärung und Trainings zu begegnen ist. Weil es jedoch Frauen sind, die mit etwas identifiziert sind, das, als Rollenverhalten missverstanden, mit einem anderen Rollenverhalten auch nicht verändert werden kann, sind primär sie es, die mit den Konsequenzen der daraus resultierenden Unmöglichkeit konfrontiert sind. Sie sind beständig dazu aufgerufen, anhand ihrer Identität etwas auszuhandeln, das eigentlich nicht in ihre Identität, sondern zur Bearbeitung zurück in die Gesellschaft gehört. Es ist dieser Fokus der dekonstruktiven Kritik, die diese auch in ihrer Kritik an Identitätspolitik insofern Identitätspolitik bleiben lässt, als sie sämtliche Kategorien der Gesellschaftsanalyse als Identitäten umdeutet – und damit missversteht.

Dies verweist auf eine meines Erachtens überhaupt zentrale Problematik des *cultural turn*: Der mit der Kritik an Essentialismen einhergehende Fundierungsanspruch weist mit seiner Abwehr einer Ontologisierung eine wichtige Gemeinsamkeit mit einer Denkfigur des Liberalismus auf: Das Recht auf Differenz wird über kollektive Interessen gestellt oder, es ließe sich, noch präziser formuliert, in Abwandlung von Benthams Diktum⁴ sagen, dass hier davon ausgegangen wird, dass die Differenz aller auch dem Kollektiv am meisten dient. Dies einmal gesetzt, scheint die Kritik an Bedeutungsfestschreibungen wichtiger als die Artikulation kollektiver Betroffenheitslagen, die notwendig nicht ohne solche, wenn auch kaum ontologisch begründete Festschreibungen auskommen kann. Dieses Primat einer De-Ontologisierung führt aber zu dem, was auch als „Queerer Liberalismus“ bezeichnet wurde (Sengal 2009, S. 425): Was hier aufscheint, ist dieses dem liberalen Gedankengut eigentümliche Recht auf Andersheit, das sich gleichwohl infolge der strikten Abstinenz hinsichtlich kollektiver Forderungen nicht um die materiellen Bedingungen der Verwirklichung dieser Andersheit kümmert. Dies mag erklären, warum sich der Kapitalismus als dieser ausgesprochene Förderer von allen möglichen differenten Existenzweisen entpuppt hat, die, so schrill sie auch sein mögen, ihn gleichwohl kaum tangieren. Die slowenische Philosophin Alenca Zupančič (2006, S. 174f.) spricht in diesem Zusammenhang von einem brisanten, für den Kapitalismus konstitutiven Nebeneinander einer fortwährenden Produktion immer neuer Differenzen, die gleichzeitig laufend an Bedeutung verlieren.

⁴ Jeremy Bentham (1748-1832) begründete den klassischen Utilitarismus und war damit ein wichtiger Vordenker des Liberalismus. Sein Postulat, dass wenn jeder Einzelne seine eigenen Interessen verfolge, dies letztlich dem Interessen aller zugutekomme, wurde eine wichtige Legitimation für die Vorstellung des liberalen Denkens, dass der freie Markt, auf dem jedes Individuum seinen eigenen Interessen nachgeht, die größtmögliche Garantie für den größtmöglichen Wohlstand aller sei..

Die kapitalistische Produktion, so Zupančič, müsse als eine gigantische Produktion von Andersheit betrachtet werden, die in ihr gleichzeitig in Wert gesetzt und damit in ihrer Andersheit wieder neutralisiert werde. Kapitalismus ist so der wichtigste Förderer von Differenzen, aber er ist gleichzeitig auch jener Mechanismus, der eben diese Differenzen marktförmig aufhebt und ausgleicht. Dies mag seine Vorliebe für den Liberalismus erklären: warum der Kapitalismus zum größten Fürsprecher aller möglichen freiheitlichen Rechte und hier insbesondere des Rechts auf Andersheit geworden ist; und warum er im selben Zug der größte Deaktivator eines tatsächlich befreienden oder subversiven Potentials ebendieser Differenzen ist (Žižek 2002, S. 73).

Es ließe sich in Anlehnung an Michel Foucaults (2004a, S. 505ff.; 2004b, S. 96ff.) Überlegungen zur modernen Gouvernementalität auch davon sprechen, dass wir es hier mit einer Machtform zu tun haben, die gerade über die Einsetzung von Freiheiten regiert, indem sie, weit davon entfernt, uns etwas vorzuenthalten, uns vor die Auswahl vermeintlich unendlicher Möglichkeiten stellt. Doch stellt diese Omnipräsenz der Möglichkeiten gleichzeitig eine Potenzierung der Unmöglichkeit dar, denn sie verstrickt die Individuen in eine erschöpfende Selbstoptimierungsmaschinerie, deren Ursache sie scheinbar selbst sind. Soziologische Untersuchungen zu gegenwärtigen Formen der Subjektivierung sprechen denn auch längst nicht mehr von Normierung. Ihr Gegenstand ist das Leiden der Individuen an diesen neuartigen ‚Praxen der Freiheit‘; sie sprechen vom ‚Zwang zum souveränen Selbst‘ (Rau 2005, S. 57), ja gar von der ‚Müdigkeit, man selbst zu sein‘ (Ehrenberg 2001, S. 103). Neben solchen Zeitdiagnosen, die auf die Fallstricke einer vermeintlich endlosen Möglichkeit zur Diversifizierung des eigenen Selbst fokussieren, nimmt sich die Festschreibungskritik des *gender*-Konzepts, diese Leidenschaft für den ‚Abbau von Identitätszwängen‘ (Bührmann/Wöllmann 2006, S. 190) merkwürdig altertümlich aus und ihr Anspruch auf Radikalität wirkt irgendwie anachronistisch. Wenn, wie Foucault (1993, S. 186) vermutet, diese politische Rationalität gerade auf der Gleichzeitigkeit von Individualisierungs- und Totalisierungsverfahren beruht, wenn es mit andern Worten gerade das Individuelle ist, das machtintegrierend wirkt, so scheint die Kritik an normativen Zuschreibungen ebenso wie die im Namen der Individualität erhobene Forderung nach unendlicher Pluralisierung, beispielsweise geschlechtlicher Identitäten, in eigentümlicher Weise ins Leere zu greifen.

Es wäre also sehr grundsätzlich zu fragen, wie diese neue Weise der Subjektivierung, wie sie für spätkapitalistische Gesellschaften kennzeichnend ist und derer sich neoliberale Führungstechniken offenbar zu bedienen wissen, zu konzipieren wäre. Wenn aus dem Freiheitsversprechen der neoliberalen Anrufungsweisen leicht ein Imperativ zur Freiheit werden kann und somit das machtintegrierende Moment der Subjektivierung in der paradoxen Herrschaftsförmigkeit von Freiheit selbst gesucht werden muss, so ist jedenfalls weder die Kritik an normativen Festschreibungen noch der Rekurs auf ein angeblich subversives Potential der durch Festschreibung verstellten Differenzen dazu geeignet, das hier Vorsichgehende zu erfassen.

4. Schluss

Ich bin von Nancy Frasers Feststellung einer merkwürdigen Koinzidenz der Entstehung der Neuen Frauenbewegung mit dem damals ebenfalls im Entstehen begriffenen Neoliberalismus ausgegangen. Anders als Nancy Fraser führe ich die daraus entstandene Passfähigkeit vieler Forderungen der Frauenbewegung mit den Erfordernissen dieses neuen kapitalistischen Regimes nicht (nur) darauf zurück, dass im Zuge der Fokussierung auf Identitätskritiken im feministischen Diskurs Fragen des Kulturellen zu sehr die Fragen der politischen Ökonomie verdrängt haben. Ich habe umgekehrt argumentiert, dass es die Entkoppelung und insbesondere das Wegbrechen marxistischer Fragestellungen in der *Weise* ist, wie Subjektivierung thematisiert wird, die diese Passfähigkeit begünstigten. In der Folge ist es nicht der Umstand dieser Thematisierung, sondern seine Form, die Weise, in der das machterhaltende Element in der Subjektivierung konzipiert wird, die problematisch ist. Im Zuge dieser Entkoppelung wurde Subjektivierung nicht länger auf die Veränderungen in den Produktionsverhältnissen rückbezogen und damit zunehmend in einer Weise konzipiert, die neu entstehende Einbindungsweisen der Menschen in die Machtverhältnisse des postfordistischen Systems nicht nur nicht erfassen konnte; vielmehr scheint sich die im Rahmen der *gender*-Theorie formulierte Identitätskritik nun zunehmend selbst in den Dienst dieses neuen Regimes zu stellen.

Es geht also nicht einfach nur darum, dass der Diskurs um Anerkennung zu dominant geworden ist, wie Fraser argumentiert, sondern es geht meines Erachtens vielmehr darum, dass die subjekttheoretischen Annahmen, die diese Forderung nach Anerkennung von Differenzen leitet, falsch sind. Sie sind falsch, weil sie die für die postfordistische Produktionsweise und deren Geschlechterregime erforderlichen Subjektivierungsweisen nicht nur nicht erfassen, sondern sich ungewollt ihrerseits zu einem Instrument dieser neuen Subjektivierungsweisen machen. Anstatt die Anerkennung von Differenzen zu fordern, würde es deshalb vielmehr darum gehen, zu fragen, wie diese Differenzen möglicherweise überhaupt erst durch bestimmte Veränderungen in den Produktionsverhältnissen entstanden sind (Annuß 1996, S. 509). Es ist diese Verbindung von Kapitalismuskritik und sexueller Politik, die zu Beginn der Zweiten Frauenbewegung die Thematisierung von Sexualität immer mitleitete, die verloren ging.

Literatur

- Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate, in: Ders.: Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg/Westberlin, S. 108-168
- Althusser, Louis / Balibar, Etienne (1972): Das Kapital lesen, Bd. I+II, Reinbek bei Hamburg
- Annuß, Evelyn (1996): Umbruch und Krise der Geschlechterforschung: Judith Butler als Symptom, in: Das Argument 216, Jg. 38, H. 4, S. 505-524
- Bennholdt-Thomsen, Veronika (1981): Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisediskussion, in: Backhaus, Hans-Georg et al. (Hrsg.): Gesellschaft: Beiträge zur Marxschen Theorie 14, Frankfurt, S. 30-51

- Boltansky, Luc / Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz
- Brodie, Janine (2004): Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnisses. Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen, in: *Widerspruch* 46, Jg. 24, Nr. 1, S. 19-32
- Bührmann, Andrea D. / Wöllmann, Torsten (2006): *Geschlechterforschung = Frauenforschung + Männerforschung? Anmerkungen zur Normalisierung der Kategorie Geschlecht*, in: Aulenbacher, Brigitte et. al. (Hg.): *FrauenMännerGeschlechterforschung. State of Art*, Münster, S. 180-193
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt/M.
- Butler, Judith (1993): *Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der „Postmoderne“*, in: Benhabib, Seyla / Butler, Judith / Cornell, Drucilla / Fraser, Nancy: *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*, Frankfurt/M, S. 31-58
- Butler, Judith (2001): *Antigones Verlangen. Verwandtschaft zwischen Leben und Tod*, Frankfurt/M.
- Casale, Rita (2008): Die Vierzigjährigen entdecken den Feminismus. Anmerkungen zur Epistemologisierung politischer Theorie, in: *Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung*, Jg. 26, Nr. 2, S. 197-207
- Creydt, Meinhard (1993): *Ästhetisierung und Ideologie*, in: Ganßmann, Heiner / Krüger, Stephan (Hg.): *Produktion Klassentheorie. Festschrift für Sebastian Herkommer*, Hamburg, S. 181-192
- Winker, Gabriele / Degele, Nina (2009): *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit*, Bielefeld
- Ehrenberg, Alain (2000): *Depression. Die Müdigkeit man selbst zu sein*, in: Hegemann, Carl (Hg.): *Endstation Sucht. Kapitalismus und Depression I*, Berlin, S. 103-139.
- Foucault, Michel (1993): *Die politische Technologie der Individuen*, in: Martin, Luther H. / Gutman, Huck / Hutton, Patrick H. (Hg.): *Technologien des Selbst*, Frankfurt/M., S. 168-187
- Foucault, Michel (2004a): *Geschichte der Gouvernementalität, Band I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, Frankfurt/M.
- Foucault, Michel (2004b): *Geschichte der Gouvernementalität, Band II: Die Geburt der Biopolitik*, Frankfurt/M.
- Fraser, Nancy (2005): *Frauen, denkt ökonomisch!* In: *die tageszeitung*, 7. April, S. 4-5
- Fraser, Nancy (2009): *Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 54, H. 9, S. 43-57 (engl.: *Feminism, capitalism and the cunning of history*, in: *New Left Review* 56 (2009), March-April, S. 97-117)
- Hennessy, Rosemary (1996): *Lesbisches Begehren im Spätkapitalismus: Queer – Klasse – Handlung*, in: *Das Argument* 216, Jg. 38, Heft 4, S. 539-550
- Hennessy, Rosemary (2000): *Profit and Pleasure. Sexual identities in Late Capitalism*, New York/London
- Jameson, Frederic (1986): *Postmoderne – zur Logik der Kultur im Spätkapitalismus*, in: Huyssen, Andreas / Scherpe, Klaus (Hg.): *Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels*, Reinbek bei Hamburg, S. 45-102

- Kerner, Ina (2007): Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht. Perspektiven für einen neuen Feminismus. In: Gender Politik Online. http://web.fu-berlin.de/gpo/ina_kerner.htm (Juli 2007)
- Kohlmorgen, Lars (2004): Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordimus, Münster
- Kurz-Scherf, Ingrid (2009): Weiblichkeitswahn und Männlichkeitskomplex – zur Geschichte und Aktualität feministischer Patriarchatskritik, in: Kurz-Scherf, Ingrid / Leppenhoff, Julia / Scheele, Alexandra (Hg.): Feminismus: Kritik und Intervention, Münster, S. 24-47
- Lacan, Jacques (1986): Encore. Das Seminar. Buch XX (1972-1973), Weinheim/Berlin
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (1991): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien
- Luxemburg, Rosa (1978, orig. 1912): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke Band 5, Ökonomische Schriften, Berlin/DDR, S. 7-411
- Mies, Maria (1983): Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/10, Jg. 6, S. 115-124
- Rau, Alexandra (2005): Psychopolitik als Regierungsweise. Zur Subjektivierung von Arbeit, in: Widerspruch 49, Jg. 25, Nr. 2, S. 49-60
- Segal, Lynne (2009): Erneuerung des Feminismus, in: Argument 281, Jg. 51, H. 3, S. 420-429
- Soiland, Tove (2005): Kritische Anmerkungen zum Machtbegriff in der Gender-Theorie auf dem Hintergrund von Michel Foucaults Gouvernementalitätsanalyse. In: Widersprüche H. 95, Jg. 25, S. 7-25
- Soiland, Tove (2009): ‚Gender‘: Kontingente theoretische Grundlagen und ihre politischen Implikationen. In: [gender-politik-online. http://web.fu-berlin.de/gpo/soiland.htm/](http://web.fu-berlin.de/gpo/soiland.htm)
- Soiland, Tove (2010a): Luce Irigarays Denken der sexuellen Differenz. Eine dritte Position im Streit zwischen Lacan und den Historisten, Wien/Berlin
- Soiland, Tove (2010b): Gender: Von der Passförmigkeit eines Konzepts mit den Erfordernissen spätkapitalistischer Produktion, in: Nagelschmidt, Ilse / Wojke, Kristin / Borrego, Britta (Hrsg.): Interdisziplinäres Kolloquium zur Geschlechterforschung. Leipziger Gender-Kritik, Bd.2, Frankfurt/M. u.a., S. 11-28
- Yuval-Davis, Nira (2006): Intersectionality and Feminist Politics, in: European Journal of Women's Studies, vol. 13, no. 3, S. 193-209
- Žižek, Slavoj (2002): The Real of Sexual Difference, in: Barnard, Suzanne / Fink, Bruce (eds): Reading Seminar XX: Lacan's Major Work on Love, Knowledge, and Feminine Sexuality, New York, S. 57-75
- Zupančič, Alenka (2006): When Surplus Enjoyment Meets Surplus Value, in: Clemens, Justin / Grigg, Russell (eds.): Jacques Lacan and the Other Side of Psychoanalysis. Reflections on Seminar XVII, Durham/London, S. 155-178